

4.1 Was ist Demokratie (S. 423 – 438)

Die Demokratie ist heute die wichtigste Staatsform. In Westeuropa haben inzwischen alle Länder die Demokratie angenommen, nur einige Länder im Osten arbeiten noch daran. Um sich jedoch genauer mit diesem Thema zu befassen und dessen Vor- und Nachteile herauszuarbeiten und verstehen zu können, muss man zuerst wissen, was Demokratie grundsätzlich heisst: „Herrschaft über das Volk, durch das Volk und für das Volk“. So hat Abraham Lincoln damals, als 16. Präsident der USA, Demokratie definiert. Diese Definition ist zwar sehr umfassend, wirft aber trotzdem einige Fragen auf. Zum Beispiel kann man sich fragen, wer denn eigentlich alles zum Volk gehört und wie das Volk schliesslich Macht ausüben kann. Zum Volk gehören meist alle mit der Staatszugehörigkeit des jeweiligen Landes und das Volk kann Macht ausüben, indem es Vertreter wählt und über Gesetze oder Verfassungen abstimmen darf. Es sollte jedoch beachtet werden, dass es zwischen den demokratischen Staaten grosse Unterschiede bezüglich der Reichweite der Macht gibt.

Zusammenfassend kann man aber sagen, dass ein Land eine Demokratie ist, wenn das Volk auch nur eine einzige Instanz wählen kann oder aber über einen Sachverhalt abstimmen darf.

4.1.1 Iring Fetscher (geb. 1922) : Demokratie als gesellschaftliche Mitbestimmung



Der Politikwissenschaftler und Sozialphilosoph kritisiert die Praxis der modernen Demokratie. Er fordert die Teilhabe des Bürgers an der Gestaltung des Gemeinwesens.

Im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte die Gesellschaft einen tiefgreifenden Wandel durch. Der Staat beschränkt sich seitdem nicht mehr darauf, sie von aussen zu schützen und das Verbrechen im Innern zu verhindern, sondern er greift gestaltend in die Gesellschaft ein. Dies tut er, ohne sich der Folgen immer bewusst zu sein. Mit diesem Wandel musste

sich auch die Haltung des Bürgers gegenüber der Regierung und der Verwaltung ändern. Es entstanden *Interessenverbände* (Parteien), deren Einfluss stetig wuchs.

Heute entscheiden vor allem Integrationsparteien, welche Wähler aus mehreren unterschiedlichen Sozialschichten ansprechen, das Bild der westlichen Demokratie. Diese müssen also eine Politik betreiben, welche auch für die Mehrzahl der Interessenverbände akzeptabel erscheint.

Die Parteipropaganda ist gekennzeichnet von der Methode der Markenartikelwerbung. Im Wahlkampf werden somit Führer „herausgestellt“, Persönlichkeiten „aufgebaut“ und „verkauft“. Die Wählergemeinschaft stellt die Konsumenten dar, welche aber gewisse Kosten (Steuern) tragen müssen, damit sie von den Diensten Gebrauch machen können. Nun stellt sich Iring Fetscher aber die Frage, ob dieses veranschaulichte Modell auch die Bedingung eines demokratischen Gemeinwesens erfüllt. Wenn die politische Teilhabe der Staatsbürger als wesentlicher Aspekt einer Demokratie betrachtet wird, müsste die Frage verneint werden.

Fetscher meint auch, dass das Festhalten an der liberalen Ideologie die Zerstörung der Freiheit ist. Denn diese Ideologie besagt, dass die Freiheit nur erhalten bleiben kann, wenn sich der Staat nicht einmischt und die freie Konkurrenz möglich ist. Und da die Freiheitsrechte heute nicht nur vom Staat, sondern auch von Verbänden und Unternehmen beeinflusst sind, scheint dies der einzige Weg zu sein, dass die Bürger an der öffentlichen Kontrolle teilnehmen.

4.1.2 Carl Schmitt (1888-1985) : Demokratie und totaler Staat



Während der Zeit der Weimarer Republik gab es grosse Kritik an der Demokratie, meist von rechter Seite her. Die Staatsrechtler, der wichtigste darunter ist Carl Schmitt, redeten von einer „Revolution von rechts“, was mit einem Vorzug des totalen Staates gleichgesetzt werden kann.

Carl Schmitt gilt als Begründer des totalen Staates, denn er verfasste ein Konzept einer für ihn richtigen Demokratie. Er legitimierte eine Diktatur auf demokratischer Basis und legte somit den Grundstein für die totale Herrschaft der Nationalsozialisten.

Er war der Meinung, dass Demokratie so, wie sie vorzufinden war, gar nicht gelten kann. Schmitt ersetzt den Begriff „Volk“ durch Öffentlichkeit und der Staat ist seiner Meinung nach etwas Abstraktes, also nur ein System von Norm und Verfahren. Da das Volk und der Staat nicht derselben Instanz entsprechen, kann das Volk nicht repräsentiert werden. Er kritisiert zudem die Wahl, denn seiner Meinung nach ist diese Wahl immer eine geheime Einzelabstimmung, was der Demokratie widerspricht. Diese geht nämlich davon aus, dass das Volk für das gesamte Gemeinwohl abstimmt, was laut Schmitt nicht der Fall ist, da zum Zeitpunkt der Wahl jeder eine Einzelperson wird und für sein eigenes Wohl wählt. Eine Versammlung des Volkes ist daher unmöglich geworden. Er kritisiert die vorherrschende liberale, rechtsstaatliche Verfassung, weil sie durch ihre Kontrollen und Hemmungen eine gute Beziehung zwischen Regierenden und Regierten abschwächt und somit keine gute Grundlage für eine Demokratie darstellt.

Schmitt plädiert dafür, dass eine Diktatur auf demokratischer Basis, die dem Diktator eine unkontrollierbare Macht erlaubt, möglich und sogar wünschenswert ist. Seine Staatsverfassung erklärt sich durch die Abgrenzung vom äusseren Feind allein, ohne irgendwelche anderen rechtliche oder ethische Grundsätze zu beinhalten. Für ihn muss eine Demokratie notwendigerweise auch innerhalb des Staates Feinde ausschliessen, um gegen die äusseren Feinde stark zu sein. Er meint, dass in einer wirklichen Demokratie immer Nicht-Gleiches nicht gleich behandelt wird und dass diese deshalb innerhalb des Staates eine Homogenität schaffen soll, indem sie alles Heterogene ausschliesst. Die Demokratie ist also befugt, einen heterogenen Teil der Bevölkerung auszuschliessen und sich immer noch Demokratie zu nennen. Er geht noch weiter, indem er sagt, dass es in einer Demokratie immer auch Sklaven und entrechtete Menschen geben muss, egal ob Unzivilisierte, Aristokraten, Gegenrevolutionäre, oder wie im Fall der Nationalsozialisten die Juden.

4.1.3 Helmut Schelsky (1912-1984) : Demokratie und Technokratie



Der folgende Theoretiker findet, dass es an der Zeit ist, den Begriff „Demokratie“ neu zu definieren.

Helmut Schelsky beschäftigte sich mit dem Einfluss der Technik, weil er der Meinung war, dass die Demokratie dadurch ihren ursprünglichen Sinn verloren hat. Denn der Begriff der Demokratie geht davon aus, dass politische Entscheidungen und die Herrschaft notwendig für eine Demokratie sind. Jedoch wird durch die neue, wissenschaftlich-technische Zivilisation ein neues Grundverhältnis zwischen den Menschen geschaffen. So rücken immer mehr Sachgesetzmässigkeiten in den Vordergrund und verdrängen damit die politischen

Normen und Gesetze. Es gibt immer einen Unterschied zwischen einem „technischen Staat“ und dem „Staat der Interessengruppen“. Es sollte daher nicht nur darauf geachtet werden, was sachlich optimal wäre, sondern auch auf die Interessen der Wähler eingegangen werden. Er kritisiert, dass durch die neue Art der Propaganda die politische Bildung des Willens zu einem manipulierbaren und auf die Wissenschaft zurückgestuften Produktionsvorgang gemacht wird.

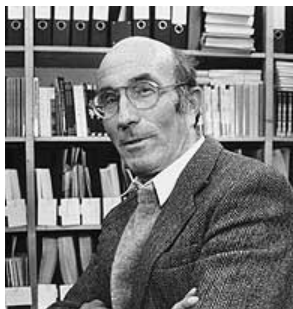
4.1.4 Josef Alois Schumpeter (1883-1950) : Demokratie als Verfahren



Die Definition von Demokratie im achtzehnten Jahrhundert: Zur Erzielung politischer Entscheide werden die Streitfragen vom Volk selbst entschieden. Dabei werden Personen gewählt, welche zusammenkommen und seinen Willen ausführen. Der Österreicher Josef Alois Schumpeter erklärt jedoch, dass es kein allgemein bestimmbares Gemeinwohl gibt, über das sich das ganze Volk einig wäre, bzw. zur Einigkeit gebracht werden könne. Dies kommt zustande, weil die verschiedenen Individuen und Gruppen dieses Gemeinwohl unterschiedlich interpretieren.

Um dies widerlegen zu können, müssten wir annehmen, dass der Wille des Bürgers ein politischer Faktor ist, der Anspruch auf Achtung hat. Dieser müsste jedoch mehr sein als nur eine unbestimmte Anzahl vager Triebe. *Jedermann müsste eindeutig wissen, wofür er sich einsetzen will.* Es kann also nicht allgemein gesagt werden, dass der Wille der Mehrheit auch dem Willen des Volkes entspricht. Da sich nur derjenige Wille durchsetzen kann, welcher auch am meisten Unterstützung erhält. So wird die Regierung denjenigen zugesprochen, welche über mehr Anhänger verfügen.

4.1.5 Niklas Luhmann (1927-1999) : Demokratie als Spaltung der Spitze

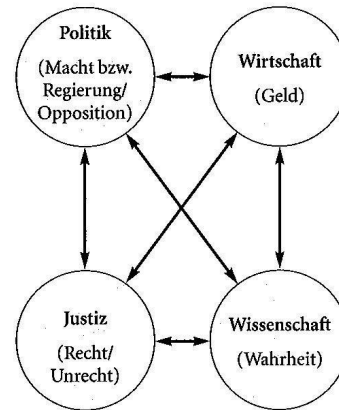


Der deutsche Soziologe, Systemtheoretiker und Philosoph Niklas Luhmann lehnt den klassischen Begriff der Demokratie ab. Er sagt als erstes was Demokratie ganz sicher nicht ist: Erstens ist Demokratie nicht die Herrschaft des Volkes über das Volk, da er behauptet, dass das Volk sich nicht selber regieren kann und zweitens ist Demokratie nicht ein Prinzip, nach dem alle Entscheidungen mitbestimmbar gemacht werden müssen, weil dies zu einer endlosen Vermehrung von Entscheidungen führen würde. Seine Erläuterungen zur Demokratie beruhen auf seiner Systemtheorie. Für Luhmann ist die Gesellschaft ein in sich geschlossenes Kommunikationssystem, welches sich, ähnlich wie die Evolution, nach seinen eigenen Gesetzen entwickelt. Ein solches System wird folglich nicht von aussen gesteuert, aber von den Absichten und Plänen der Gesellschaftsmitglieder beeinflusst.

Er sagt, dass der Staat aus verschiedenen Funktionssystemen (wie Politik, Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft) aufgebaut ist. Jedes dieser Funktionssysteme ist in sich geschlossen, besitzt einen eigenen „Code“, nachdem es funktioniert und steht trotzdem in einer Wechselbeziehung zu den anderen Funktionssystemen. Der Code der Wirtschaft ist zum Beispiel das Geld und steht somit auch mit allen anderen Funktionssystemen in Verbindung. Ein „Code“ kann aber auch eine Differenzierung zweier Gegensätze sein. Das politische Funktionssystem wird zum Beispiel durch die

Er sagt, dass der Staat aus verschiedenen Funktionssystemen (wie Politik, Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft) aufgebaut ist. Jedes dieser Funktionssysteme ist in sich geschlossen, besitzt einen eigenen „Code“, nachdem es funktioniert und steht trotzdem in einer Wechselbeziehung zu den anderen Funktionssystemen. Der Code der Wirtschaft ist zum Beispiel das Geld und steht somit auch mit allen anderen Funktionssystemen in Verbindung. Ein „Code“ kann aber auch eine Differenzierung zweier Gegensätze sein. Das politische Funktionssystem wird zum Beispiel durch die

Differenz zwischen Regierung und Opposition codiert. Man nennt diese Vorstellung der Staatsorganisation „funktionale Differenzierung“. Die Grafik rechts veranschaulicht, welche Funktionssysteme welchen Code haben und mit welchen anderen diese in Verbindung stehen. Luhmann sagt auch, dass die Gesellschaft im Gegensatz zu früher, als noch die stratifikatorische Differenzierung, die Gliederung der Gesellschaft nach sozialen Schichten, galt, heute keine Spitze mehr braucht. Durch die Einführung der Funktionssysteme, die sich selber untereinander regulieren, kann die Politik mit gespaltener Spitze operieren. Luhmann fragt sich aber dennoch, was denn die Zukunft der Demokratie sei. Seiner Meinung nach hat die Demokratie aus drei Gründen keine Chance länger zu überleben. Als ersten Grund nennt er die Schwierigkeit den jeweiligen Code einzuhalten. Wenn sich die Funktionssysteme verändern, verändert sich auch der Code. Zweitens behauptet er, dass es dadurch, dass die Liquidität, also die Beweglichkeit des Codes durch feste Parteistrukturen unterbaut werden konnte, jetzt schwieriger ist, die Code-Differenzierung für die Entscheidung wichtiger politischer Fragen auszunützen. Der dritte Grund ist nach Luhmann der Einbezug der Moral in der Politik. Die Moral dient dazu, aufzuzeigen, wer gut und wer schlecht handelt. Somit handelt immer eine Seite, entweder die Regierung oder die Opposition. Dadurch würde bestritten, dass eine Wechselwirkung zwischen Regierung und Opposition besteht und damit würde auch bestritten werden, dass demokratische Regeln gelten.



Funktionale Differenzierung (Gliederung nach Funktionen)

Fragen an den Text

- Weshalb wird der klassische Begriff der Demokratie so sehr in Frage gestellt und versucht neu zu definieren?

Damit ein Staatssystem, in unserem Fall die Demokratie, in Frage gestellt werden kann, ist es von Nöten, dass wir genau wissen, wie dieses aussieht. Da in der Schweiz eine Demokratieform herrscht, die direkte Demokratie, welche nur sehr selten vorkommt, erscheint es sinnvoller, sich mit dem demokratischen System in Deutschland auseinanderzusetzen. Das deutsche Regierungssystem entspricht demjenigen einer repräsentativen Demokratie. Dabei werden die wichtigsten politischen Entscheidungen nicht direkt vom Volk getroffen, sondern von den gewählten Volksvertretern. Somit wird auch der Regierungschef vom Parlament gewählt.

Wenn wir nun von diesem Staatssystem in Deutschland ausgehen, kann die Kritik von Fetscher, welcher mehr Teilhabe des Volkes fordert, durchaus nachvollzogen werden. Betrachten wir Abraham Lincolns Definition von Demokratie („Herrschaft über das Volk, durch das Volk und für das Volk“) so muss man durchaus zugeben, dass das Volk im deutschen Demokratiesystem nicht allzu viel zu sagen hat. Kann man von einer Herrschaft durch das Volk sprechen, wenn dieses lediglich die Parlamentsmitglieder wählt, aber kein direktes Mitspracherecht hat? Entspricht es tatsächlich dem Willen des Volkes, wenn die Repräsentanten Entscheidungen fällen, ohne die Möglichkeit ein Veto einzulegen? Wahrscheinlich wird man keine allgemeinen Antworten auf diese Fragen finden. Deshalb ist uns verständlich, dass man versucht „Demokratie“ anders zu definieren. Ausserdem müsste es nach Schumpeter in einer gerechten Demokratie ein allgemein bestimmbares Gemeinwohl geben, was

aber nicht möglich nicht, da jeder Bürger als Individuum dieses Gemeinwohl anders interpretieren würde.

- Inwiefern sieht man in den Kritiken über die Demokratie die Gerechtigkeit respektive die Ungerechtigkeit?

Dieser Arbeit liegt eigentlich das Thema „Gerechtigkeit“ zu Grunde. Uns stellte sich aber die Frage, inwiefern die Demokratie eigentlich mit der Gerechtigkeit zusammenhängt.

Iring Fetschers Forderung von mehr Teilnahme des Bürgers an der Gestaltung des Gemeinwesens scheint durchaus gerecht zu sein. Wenn man Demokratie als Volksherrschaft definiert, so ist es legitimiert eine solche Forderung zu stellen. Die vermehrte Teilnahme des Volkes entspräche nicht nur dem Willen der Mehrheit, sondern demjenigen der ganzen Bevölkerung. Obwohl sich bei Entscheidungen trotzdem die Mehrheit durchsetzen würde, könnte man diese durchaus akzeptieren, weil schliesslich das Volk ein Mitspracherecht hätte. Wäre es jedoch immer noch gerecht, wenn man das Volk nur auf bestimmte Gruppen reduzieren würde und den Rest ausschliessen würde? Betrachtet man Carl Schmitts Aussagen, welche sogar das schreckliche Hitlerregime legitimieren, so wird es unmöglich sein, eine Gerechtigkeit dahinter zu sehen. Es wird ermöglicht, das Nicht-Gleiche auszuschliessen, damit ein homogener Staat entsteht. Somit werden Menschen auf ihre Herkunft und auf ihr Aussehen reduziert, so dass die inneren Werte keine Rolle mehr spielen. Es war zum Beispiel egal, welchen Bildungsstandart ein Mensch hatte, wenn er Jude war. Sie wurden in die Konzentrationslager verfrachtet, damit wieder das arische Volk in Deutschland vorherrschend war.

Auch Schelskys Einwände gegen den Einfluss der Technik erscheinen durchaus berechtigt, da die dadurch entstandene Manipulierbarkeit des Menschen für uns ebenfalls ungerecht ist. Es ist nur gerecht, wenn die Regierung nicht nur auf das Optimale, sondern auch auf die Interessen der Bürger eingeht. Die Technik ermöglicht den Parteien viel Propaganda. Diese reicht heutzutage von provokativen Plakaten bis zu Diskussionsforen im Internet. Solange diese den Normen entsprechen, wird man nichts Ungerechtes daran finden.

Ist es gerecht, wenn ein Teil des Volkes, sei es auch nur eine Minderheit, sich der Meinung der Mehrheit anpassen muss? Schon Schumpeter war der Meinung, dass sich kein allgemein gültiges Gemeinwohl finden lässt. Obwohl es für die Bürger in der Minderheit wahrscheinlich nicht gerecht ist, muss man hier beifügen, dass es die Demokratie so vorsieht. Die Wähler stimmen ab und wer oder was die meisten Stimmen hat, ist gewählt. Damit das System funktionieren kann, ist es notwendig, dass sich Gruppen anpassen können. Es ist aber auch notwendig, dass die Minderheiten die Möglichkeit haben, die Entscheidung in Frage zu stellen, wie zum Beispiel mit einem Referendum. Dies würde auch Fetschers Teilhabe der Bürger am Gemeinwohl entsprechen.

Quellen

Assmann, Lothar/ Bergmann, Reiner/ Henke, Roland W.: Zugänge zur Philosophie 1. Berlin: Cornelsen Verlag, 2004.

Lexikonredaktion des Verlags (Hrsg.): Der Brockhaus Philosophie. Mannheim: F.A. Brockhaus GmbH, 2004.